Lahngesellschaften in den Stand gesetzt werden, berechtigte Verkehrsabmachungen einzugehen, ohne gerichtliche Verfolgung zu riskieren. Dann tritt sie energisch ein für eine fortgesetzte Entwickelung der Flotte einschließlich einer andauernden Vermehrung der Linienschiffe zum Zweck des Schutzes der amerikanischen Interessen im Ausland und zur Stütze für die Monroe-Doktrin. Endlich spricht sie sich für die Aufrechterhaltung der Armee auf der gegenwärtigen Grundlage aus.

Senator Burrow sagte in seiner Eröffnungsrede über die „Tarifplanke": Die republikanische Partei begünstige solche Tarifrevision, wie sie die veränderten industriellen Zustände in Amerika und im Auslande erheischten, jedoch unter Beobachtung des Hauptgesichtspunktes des Schutzes der amerikanischen Industrie. Burrow erörterte ferner die jetzige Weltmachtstellung Amerikas, deren Einfluß im Interesse des Friedens und der Veredelung der Menschheit ausgeübt werde.

Botschafter Hill beim Kaiser.

Der Kaiser hat dieser Tage, wie wir meldeten, den neuernannten amerikanischen Botschafter Dr. David Jayne Hill in Antrittsaudienz empfangen. Ueber den Verlauf dieser Audienz weiß die „N. G. C." einige interessante Einzelheiten zu erzählen. Dr. Hill wurde vom Hotel Adlon, dem höfischen Brauche entsprechend, durch den Vizeoberzeremonienmeister v. d. Knesebeck, den Einführer des diplomatischen Korps, in drei Wagen abgeholt, die für ihn und die übrigen Herren der Botschaft bestimmt waren. Der Kaiser empfing Mr. Hill im Freien, in einer, wie es heißt, erst seit kurzem im Schloßinnern hergestellten Gartenanlage. Der Botschafter übergab dem Kaiser ein Handschreiben des Präsidenten Roosevelt und übermittelte ihm zugleich einen persönlichen, mündlichen Gruß des Präsidenten der Union. Die Unterhaltung trug einen sehr herzlichen Charakter und wurde auf englisch geführt. In höfischen Kreisen hat man viel bemerkt, daß Dr. Hill zu dieser Audienz in keiner Uniform, sondern im schlichten schwarzen bürgerlichen Frack erschien. Eine eigentliche diplomatische Uniform existiert in den Vereinigten Staaten überhaupt nicht. Als Mr. Charlemagne Tower Botschafter in Petersburg war, erschien es ihm wohl peinlich und nicht der Würde seines Vaterlandes angemessen, von seinen mit gold- und silberbestickten Uniformen angetanen diplomatischen Kollegen im schmucklosen schwarzen Fracke abzustechen. Er fragte in Washington an, ob er nicht für sich und seinen Botschaftsstab Uniform anlegen könnte, und erhielt die Antwort, es stände kein gesetzliches Hindernis dem im Wege, daß er für sich und seine Sekretäre nach eigenem Geschmacke Uniformen entwerfen ließe. Das tat er denn auch, und die Uniform des republikanischen Botschafters Tower überstrahlte bald, erst in Petersburg, dann in Berlin, die der Diplomaten anderer Länder erheblich durch ihren reichen Glanz. Mr. Hill scheint nicht die Absicht zu haben, diesem Beispiele seines Vorgängers zu folgen. — In Washington will man wissen, daß Mr. Hill dazu ausersehen sei, den Staatssekretär des Auswärtigen Root zu ersetzen, falls Taft zum Präsidenten gewählt wird. Mit dieser Kombination bringt man die Tatsache in Einklang, daß Mr. Hill keine Anstalten trifft, eine eigene Wohnung in Berlin zu suchen. Aus seinem Entschlusse, vorläufig im Hotel wohnen zu bleiben, glaubt man folgern zu sollen, daß er selbst nicht mit der Wahrscheinlichkeit eines längeren amtlichen Aufenthaltes in Berlin rechnet.

Deutschland.

* Anläßlich des Eintritts des Prinzen **Ernst August von Cumberland** in die bayerische Armee wurde von verschiedenen Blättern behauptet, daß die Ernennung des Prinzen zum Leutnant erst erfolgt sei, nachdem sich der Prinz-Regent mit dem Kaiser ins Benehmen gesetzt und dessen Zustimmung eingeholt habe. Demgegenüber heben bayerische Zentrumsblätter hervor, daß die bayerische Armee nach den Verfassungsverträgen ein in sich geschlossener Heereskörper sei, dessen oberster Kriegsherr der Prinz-Regent von Bayern ist. Dieser könne daher zum Leutnant seiner Armee ernennen, wen er wolle, und brauche die Einwilligung des Kaisers nicht einzuholen.

* Die Landtagswahlen sind vorübergegangen, ohne Herrn Viktor **v. Podbielski** das sehnlichst erstrebte Mandat von Diepholz-Syke einzubringen. Die „D. Tages-Ztg.", die fast täglich eine Lanze für ihren Heiligen bricht, benutzte die Feststimmung des gestrigen Wahltages, um aus überquellendem Herzen die „fast sämtlichen Lehrer, Beamte sowie das gesamte Personal der beiden den Wahlkreis durchquerenden Eisenbahnlinien", die Herrn v. Podbielski das natürlich ganz unverdiente Schicksal des Durchfallens bereitet haben, dafür energisch zur Ordnung zu rufen. Inzwischen fährt der Gutsherr von Dalmin fort, uns durch Reden zu erfreuen. Am 24. Juni veranstaltet der Bund der Landwirte ein Bundesfest in Friedrichsruh-Aumühle. Der Glanzpunkt dieses Bundesfestes wird die „Ansprache Seiner Exzellenz des Staatsministers v. Podbielski-Dalmin an der Gruftkapelle" sein. Also Kollege Podbielski als bündlerischer Festredner am Grabe Bismarcks — das kann wieder recht interessant werden.

* In der jüngsten Pfingstwoche tagte zum ersten Male ein **internationaler Kongreß für Rettungswesen** in Frankfurt a. M. Das Organisationscomité hat den Teilnehmern eine Festschrift dargeboten, die der Generalsekretär Professor Dr. George Meyer verfaßt hat und nunmehr auch der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht ist. Die mit vieler Sorgfalt zusammengestellte Arbeit kann als ein anschaulich geschriebenes Kapitel eines bisher beinahe ganz unberücksichtigt gebliebenen Teiles deutscher Kulturgeschichte dienen. So viel, als zum Verständnis dieses interessanten Gebietes werktätiger Menschenliebe notwendig war, findet sich in dem rein geschichtlichen Abschnitte des Buches übersichtlich aneinander gereiht. Doch sind diese geschichtlichen Mitteilungen eben nur auf das notwendigste beschränkt. Dafür ist die Darstellung des deutschen Rettungswesens in Kriegs- und Friedenszeiten um so vollständiger. Hier steht der Name Friedrich Esmarchs mit unvergänglichen Buchstaben in den Blättern der Geschichte eingeschrieben; denn von ihm ging die Neuschaffung dieses Rettungswesens aus. Herr George Meyer verfolgt nun an der Hand eines umfassenden aktenmäßigen Materials die Entwickelung der einzelnen Phasen des Rettungswesens im Deutschen Reiche von den ersten Anfängen bis zu seiner gegenwärtigen Ausgestaltung. In einer verhältnismäßig kurzen Frist — etwa in einem Vierteljahrhundert — ist es gelungen, das Deutsche Reich mit einem Netze von 1434 Rettungswachen aller Arten zu überspannen, in denen während des letzten Berichtsjahres 158,774 Hilfsleistungen dargeboten wurden. Fürwahr ein stattliches Ergebnis, das von dem segensreichen Wirken jener humanitären Anstalten ein rühmliches Zeugnis ablegt. Dabei sind aber die Hilfsleistungen der Samariter nicht mit eingegriffen. (Die sehr beachtenswerte Schrift ist im Verlage von Aug. Hirschwald, Berlin erschienen.)

Der Krähwinkler Landsturm.

Wiederholt haben wir die Ansicht geäußert, die Freisinnigen dürften unter keinen Umständen bei Beratung der Finanzreform dem Reichskanzler irgendwelche Konzessionen machen, wenn ihnen der preußische Ministerpräsident nicht Zugeständnisse auf dem Gebiete der Wahlrechtsreform zusicherte. Vor einigen Tagen hat der Senior der freisinnigen Parteien, Albert Traeger — ein wirklich Liberaler — im „Berliner Tageblatt" die gleiche Taktik gefordert und unter der Ueberschrift „Feste Preise" die freisinnigen Parteien ermahnt, endlich einmal dem Fürsten Bülow zu zeigen, daß er nicht „ohne große Mühe alles verlangen könne". Wir haben nicht erwartet, daß diese Mahnungen erhört werden würden, denn wir kennen die Elemente zu gut, die heute innerhalb der freisinnigen Fraktionen das große Wort führen. Und wir sind darum auch keineswegs überrascht, in den von dem Geiste des Abgeordneten Müller-Meiningen durchhauchten „Münchener Neuesten Nachrichten" das Folgende zu lesen:

„In einigen preußischen Blättern wird die Forderung erhoben, die Linksliberalen müßten sich die Finanznot im Reiche zunutze machen, um die Wahlreform in Preußen durchzudrücken: Keine neue Steuern im Reich ohne ein freies Wahlrecht in Preußen! Also ein Handelsgeschäft in aller Form, worauf auch schon die Ueberschrift eines diese Dinge erörternden Artikels „Feste Preise" hindeutet.

Von unserem liberalen und süddeutschen Standpunkt warnen wir vor solcher Taktik aufs eindringlichste. So lange das Zentrum die herrschende Partei war, haben gerade die Liberalen ihm die Politik des „Kuhhandels" stets vorgeworfen. Das Zentrum aber hat stets gegen die Berechtigung dieses Vorwurfs Widerspruch erhoben mit der Begründung, es treibe nur sachliche Politik.

Hier aber wird jetzt ein Verhalten empfohlen, das direkt als Handelsgeschäft bezeichnet wird. Da tun wir nicht mit. Die Reichsfinanzreform ist eine nationale Forderung, ja geradezu die Grundlage künftigen Lebens und Gedeihen unseres Vaterlandes. Hier Wandel und Ordnung zu schaffen, ist eine gebieterische Notwendigkeit, bei der wir nicht markten und feilschen.

Gewiß wünschen auch wir die gründlichste Wahlrechtsreform in Preußen — um der Gerechtigkeit willen —, obwohl sie wahrscheinlich dem Liberalismus ebensowenig in Preußen nützen wird, als sie es bei uns in Bayern getan hat. Aber für seine Wahlrechtsreform muß Preußen selbst sorgen. Es wäre im höchsten Maße politisch unklug, vor diesen preußischen Wagen die Reichspferde vorzuspannen, die ohnedies Mühe haben werden, das schwere Gefährt der Reichsfinanzreform ans Ziel zu bringen.

Die Liberalen sollen jeden Einfluß auf die Gestaltung der Reichsfinanzreform gewinnen, den ihre Position im Reichstag ihnen ermöglicht. Um diesen Einfluß aber wäre es sofort geschehen, wenn man derart auf den Kuhhandel gehen wollte. Hier kann gar nicht energisch genug vor dem ersten Schritt auf falscher Bahn gewarnt werden."

Brave, ehrliche Seelen! Sie zittern bei dem entsetzlichen Gedanken, daß man ihnen einen „Kuhhandel" vorwerfen könnte, und sind bereit, der Regierung jede „nationale Forderung", auch auf dem Gebiete der Besteuerung, ohne Lohn und Gegengabe zu bewilligen. Man soll von ihnen nicht sagen, daß sie eine Situation ausnutzen, daß sie die Gewährung von Volksrechten zur Bedingung machen — sie begnügen sich mit dem Bewußtsein der guten Tat, mit einem Gunstlächeln und mit einem Händedruck des Reichskanzlers. Es ist klar, daß den Konservativen — die an so zarten Bedenken nicht leiden — dieser Krähwinkler Landsturm nicht allzu fürchterlich erscheint. Für Bülow wird die Verheißung der „Münchener Neuesten Nachrichten" mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, und er hat ein Recht, auszurufen: „Der Himmel erhalte mir diese Opposition!"

Nach den Wahlen.

Das von uns bereits im Morgenblatt mitgeteilte Gesamtergebnis der gestrigen Landtagswahlen erfährt nachträglich noch einige Korrekturen. So wird uns vor allem aus Guben gemeldet, daß dort, im Gegensatz zu den Angaben des offiziösen Telegraphenbureaus, neben dem nationalliberalen Kandidaten Buchdruckereibesitzer Kommerzienrat König nicht der konservative Kandidat Günther, sondern der freisinnige Volksparteiler Stadtrat Turm gewählt worden ist. Die Zahl der Sitze, über die die freisinnige Volkspartei schon jetzt verfügt, erhöht sich damit auf 29, die Zahl der Konservativen aber bleibt dennoch unverändert, weil in Guben gewählte Landr. Dr. Thonissus, wie sich jetzt herausstellt, nicht freikonservativ, sondern konservativ ist.

Selbst wenn man die voraussichtlich günstige Stichwahl im Moabit, bei der die freisinnige Volkspartei noch mit einem Mandat beteiligt ist, nicht berücksichtigt, hat die Volkspartei dank der Vermehrung um fünf Mandate erfahren, und die freisinnige Fraktionsgemeinschaft zählt, den Verlust der freisinnigen Vereinigung mitgerechnet, künftig 37 oder gar 38 Mitglieder gegen 33 im alten Landtag. Dieser Gewinn ist um so höher anzuschlagen, als er sich nicht wie bei den Konservativen lediglich auf Kosten der unmittelbar benachbarten Parteien vollzogen hat. Während den acht konservativen Gewinnen mindestens fünf freikonservative Verluste gegenüberstehen, hat die freisinnige Volkspartei, abgesehen von den zwei neuen Mandaten in Charlottenburg und Rixdorf, nicht weniger als vier Mandate, nämlich in Hirschberg, eines in Oberbarnim, eines in Guben und eines in Bielefeld, von den Konservativen bezw. Freikonservativen erobert, die beiden anderen (eines in Hirschberg und eines in Flensburg) den Nationalliberalen abgenommen.

Die alten Mitglieder der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft kehren, wie wiederholt betont, in ihrer großen Mehrheit wieder in das Parlament zurück. Nicht wiedergewählt ist lediglich die Abgeordneten Goldschmidt, Keruth, Schulz, Münsterberg und Schahnasian, auf ihren eigenen Wunsch ausgeschieden sind die Abgeordneten Schmitz-Elberfeld, Chefredakteur Oeser-Frankfurt a. M. und der Abgeordnete Brömel-Stettin. „Neue Männer" sind bei der Volkspartei die Herren Büchtemann, Dr. Duus, Stadtrat Flesch-Frankfurt (für Oeser), Fabrikbesitzer Gantert-Elberfeld (für Schmitz), Professor Dr. v. Liszt, Stadtrat Lorenz-Bielefeld (nicht Leonhard wie infolge eines Druckfehlers im Morgenblatt zu lesen war), Justizrat Reinbach, Dr. Schepp, Stadtrat Turm und Dr. Wagner-Hirschberg. Zu ihnen gesellt sich eventuell noch Pastor Dr. Runze-Moabit. Bei der freisinnigen Vereinigung sind, wie schon erwähnt, die beiden Rechtsanwälte Lippmann-Stettin und Waldstein-Altona hinzugekommen.

* * *

Die Stichwahl in Moabit

findet am nächsten Dienstag, den 23. d. M., und zwar wiederum in Form der Friktwahl, beginnend um 9 Uhr vormittags und endigend um 7 Uhr abends, statt. Wie sie ausfallen wird, ist nicht abzusehen, da noch nicht feststeht, ob die nationalliberalen und antisemitischen Wahlmänner geschlossen für Pastor Dr. Runze eintreten werden, wie es notwendig wäre, um ihm zum Sieg zu führen. Bemerkenswert ist übrigens, daß nur einem Zufall zu verdanken ist, wenn der freisinnige Kandidat Runze statt des Antisemiten Rechtsanwalt Ulrich in die Stichwahl gekommen ist. Nur dadurch, daß zwei nationalliberale Wahlmänner dem Kompromiß mit dem Antisemiten im letzten Augenblick untreu wurden und ihre Stimmen für die bereits zurückgezogene Kandidatur Leidig abgaben, erhielt Dr. Runze die eine Stimme Vorsprung. — Verschiedene Zuschriften an uns wünschen Aufklärung darüber, warum gerade in Moabit als dem einzigen Wahlkreis der Monarchie, die Stichwahl

---

Welt immer wieder zugleich eine Fülle „moderner" Interessen und ein reges gesellschaftlich-internationales Leben. Es war nicht ganz ohne Zopf, dieses Leben, so schreibt Jenny einmal, nicht ganz ohne Sünde, auch reich an Leiden und Kämpfen. Literarisch hing man an Byron und Walter Scott, in der Musik ging der Stern Mendelssohns auf, den Goethe seinen David genannt, und von dem er einmal seltsam (Jenny erzählt es) verlangt hatte, er möchte sein Spiel unterbrechen und systematisch die Geschichte der Musik in Tönen vorführen... Für Jenny v. Pappenheim kam noch das sozialreizgierige Empfinden dazu, das sie zeitlebens beherrschte. Ein heilsames Gegengift gegen den Weimarer „Höhendienst" (ein Wort ihres Stiefvaters Gersdorff!) lag für sie darin. Als sie heiratete und dem Gatten nach Norden, zuerst auf ein westpreußisches Gut folgte, war ihr praktisches Christentum dasjenige, wofür sie am ehesten noch Verwendung fand.

Nicht nur ein neues Leben, nein, eine ganz und gar fremde Welt war es für sie, wenn sie mit einem Mal in den konservativsten Landadel eintrat. Der Musenhof mußte vergessen werden; ihr aus dem Gute galt es, ein armseliges Heim für verwahrloste Bettelkinder aufbauen. Mit Mühe ringt sie ihrer Umgebung derartiges ab; politisch aber kommt sie mit ihrem Mann bald genug in Konflikt, sie, die in Paris dem Saint Simonismus nahe getreten war und einen Aufsatz über den Staat nach 1848 der Königin übersandt hatte. (Leider ist der Briefwechsel mit dieser nach getroffener Vereinbarung später verbrannt worden.) Um des Friedens willen muß sich Jenny dem Manne beugen. Da er in das Abgeordnetenhaus einzieht, verbringt sie mit ihm und ihren Kindern einen Winter in Berlin. Die Lust daselbst, so schreibt sie, „wirkt geradezu lähmend. Es ist, als ob der Geist Hinkelbeys sie so durchdringt, daß gar kein anderer daneben Platz hat. Was groß und gut und zukunftsfroh erschien, ist fort und hält sich im Hintergrunde oder ist über das Alter lebendigen Wirkens hinaus, wie Bettina, wie Varnhagen, wie Alexander v. Humboldt." Als Landrat übersiedelt Werner v. Gustedt schließlich nach Halberstadt. Kurz darauf stirbt er. Jenny aber folgt ihren Söhnen und ihrem Schwiegersohn v. Kretschmann, die sämtlich Offiziere der Garde sind oder werden, erst nach Berlin zurück, hierauf nach Potsdam.

Das letzte Lebensdrittel beginnt. Nicht das kürzeste und nicht das ruhigste wird es für sie. Im Gegenteil, eingedenk des glücklichen Wortes, das Goethe sterbend gesprochen (sie überliefert es als den Ausspruch: „Nun kommt die Wandlung zu höheren Wandlungen"), hätte sie selber nach ihren eigenen Erfahrungen sagen können: Die letzten Schicksale sind noch die allerletzten nicht. Aber nicht im glücklichen Goethe-Sinn bewährt sich ihr das. Es hat vielmehr etwas von trübster Lebenstragik, wie das erinnerungsschwere und müde Dasein der Gealterten immer noch in neue Verhältnisse eintreten muß. Nach dem Krieg kommt Kretschmann zum Generalstab, und mit ihren Kindern zieht Frau v. Gustedt neuerdings nach Berlin, in das Adelsviertel, das ihre Kinder beanspruchen, nach der Hohenzollernstraße. Mit der Kaiserin Augusta tritt sie wieder in nahe Verbindung, und Lilychen — die heutige Lily Braun — fährt zu Kronprinzens, zu denen sie eingeladen ist. Doch dieses Zusammenleben bleibt ohne Frieden. Die Kinder sind teils leichtsinnig, oberflächlich oder abweisend, teils stockkonservativ, wie gerade vor allem die Tochter, Frau v. Kretschmann — Jenny selbst aber eine unbequeme Mahnerin aus einer anderen Welt, die andere Ideale umschloß. Sie erkennt denn auch bald, daß sie ihre Familie allein lassen müsse, denn die Kluft wird unüberbrückbar: die Jugend hochmütig und ohne weiteren Gesichtskreis drinsteckend in ihrer Umgebung; die Mutter immer einsamer werdend. Noch einmal geht sie aus diesem Grunde nach Weimar zurück. Acht Jahre wohnt sie wieder in der idyllischen Straße, wo noch ihr Elternhaus steht; wenn aus der Goethe-Stadt auch mittlerweile die Stadt eines Liszt und Richard Wagner, die Stätte einer modernen Malerschule geworden ist, dennoch lebt sich Jenny sofort wieder ein. Oftlie ist tot. Aber der pietätvolle Großherzog nimmt die Freundin und älteste Zeugin aus jener Zeit mit der zartesten Liebe auf, und im alten Goethe-Haus leben noch die zwei Erben, Walter und Wolfgang, hausen menschenscheu-einsam in den Dachstuben oben wie „zwei in Nachtvögel verzauberte Prinzen". In altmodisch-stillen Großmutterzimmern kann Jenny noch Reste aus ihrer Jugendzeit um sich versammeln. Es ist ihr, als könnte die Sehnsucht Totes wiedererwecken. Nach acht Jahren ist auch das wieder aus. Materielle Erwägungen zwingen sie, zu ihrem Sohne zu ziehen. Zum letzten Male macht sie im Haus am Frauenplan bei Walter v. Goethe Besuch. Da sie mit ihrer Enkelin Lily die Treppe wieder herabsteigt, zittern die alten Beine. Dann ist's vorbei. Dann winkt Ablacken.

Langsam, langsam schließt sich der Kreis. Die Alt-Weimaranerin muß noch die letzten Ausläufer des mittlerweile immer neuer werdenden Kurses erleben. An deren Wiege Goethe gestanden hat, sie erfährt auch noch Bismarcks letzte Triumphe und Kämpfe und seine Entlassung. Gerecht zu werden sucht sie auch ihm, doch freilich, der Druck dieser Wandlung der Welt war zu stark für ein einziges Menschenleben, und der Riß, den sie fühlen mußte, mochte so blutend sein, wie ihr ganzes Dasein mit seinen Schicksalen gigantisch und beinahe mythisch wurde. Sinnend blättert man das Buch ihres Lebens immer wieder und wieder durch. Es stellt eine Zeitenverbindung her, wie man kaum mehr für möglich hielt. Lily Braun aber, die es geschrieben hat, sich mit einer stillen Bescheidenheit in den Dienst dieser Aufgabe gestellt, die es dem Leser überläßt, zu verallgemeinern, und die damit begnügt, das Tatsächliche mit der Kunst meisterhafter Gliederung zu erzählen. Wie sie Pausen und Abschnitte eintreten lässt, manches nicht sagt und doch alles klar werden läßt, das verrät eine Hand eines Dichters, der die Gabe hat, bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Tag der Schiffbautechniker.

In der Schiffbautechnischen Gesellschaft, heute die zweite Tagung ihrer Sommerversammlung in der Technischen Hochschule in Charlottenburg abhielt, sprach Diplomingenieur Wilhelm Renner aus Budapest über den Schiffbau und die Schiffahrt auf den großen Seen in Nordamerika. Der Redner führte in seinem interessanten Vortrag folgendes aus: Wiederholt nahmen die Amerikaner große Anleihen, ihre Handelsflotte zur See dem wirklichen Bedarf nach zu vergrößern, aber bis heute ist es ihnen nicht gelungen, die in ihr eigenen Lande ihnen zukommende, und früher von ihnen besessene Schiffahrt zur See wiederherzustellen. Ein anderes Bild bietet jedoch die Schiffahrt auf den großen Seen, dem nordamerikanischen Mittelmeer. Dieses Gebiet besteht aus fünf nebeneinander gelagerten Seen, dem Oberen See, dem Huronsee, dem Michigansee, dem Eriesee und den Ontariosee. Diese Seen werden von acht Staaten mit etwa 30 Millionen Einwohnern, dazu noch von Kanada mit 3 Millionen Einwohnern, alles Staaten, die eine ausgedehnte Industrie besitzen sowie den größten Teil der amerikanischen Getreideernte produzieren, umschlossen. Das Seengebiet ist die Schaufläche der Union. Die Oberfläche der Seen beträgt 248,716 Quadratkilometer, das Niederschlagsgebiet 455,000 Quadratkilometer, das Gebiet mithin 703,700 Quadratkilometer, etwa so groß wie Deutschland und Oesterreich zusammen.

Der Obere See, Lake Superior, ist der größte; er ist auch der größte Frischwassersee der Welt. Er charakterisiert sich durch dieses Wasser und hohe felsige Ufer. Die Küste ist zerrissen, das Wasser kalt. Es gibt dort im Sommer viel Nebel, im Winter starken Schneefall, Windstürme und Seegang. Daher ist die Schiffahrt sehr gefährlich. Der Hafen